

REGION

«PUURE-ZMORGE»: Der Anlass des Frauenvereins Horben dient stets einem guten Zweck **SEITE 22**

REGION

SCHLEICHVERKEHR: Rorbas will seine Schulwege für die Kinder sicherer machen **SEITE 22**

REGION

VON OBEN: Patrick Nagy findet dank Luftbildern Überreste aus früheren Zeiten **SEITE 23**



«Clan setzt Töchter unter Druck»

ZÜRICH. Auch in der Schweiz werden junge Frauen unter Zwang verheiratet. Viele lassen sich zwar beraten, zum Beispiel im Mädchenhaus Zürich. Sich der Familie zu widersetzen, schaffen nur wenige.

INTERVIEW: SABINE ARNOLD

Weshalb wenden sich im Sommer mehr Mädchen ans Mädchenhaus, die befürchten, zwangsverheiratet zu werden? **Karin Aeberhard Kuhn, Ko-Leiterin Mädchenhaus Zürich:** Vor den Sommerferien rufen vermehrt Mädchen an, weil sie Angst haben, mit ihren Eltern ins Heimatland zu fahren. Oft haben sie ein mulmiges Gefühl. Oder ihre Eltern haben entsprechende Bemerkungen gemacht. Zum Beispiel sagen sie, es wäre jetzt Zeit, ihnen einen Mann zu suchen.



«Zwangsheirat bei jungen Männern ist ein noch grösseres Tabu»

Karin Aeberhard Kuhn

Das heisst also, die Mädchen erfahren zuvor von einer Zwangsheirat und werden nicht völlig überrascht? Meistens spüren junge Frauen etwas im Voraus. Das kann aber subtil sein und ohne dass Fakten darauf hindeuten würden.

Sind es immer die Eltern, die solche Hochzeiten arrangieren?

Nein. Wir hatten sogar einen Fall, in dem die Grundmotivation von den Grosseltern ausging. Die Eltern standen selbst ziemlich unter Druck. Es kann sogar der ganze Clan Druck ausüben. Oft stehen auch ältere Geschwister dahinter, die bereits zwangsverheiratet wurden und von ihren Schwestern dasselbe verlangen.

Wie argumentieren Eltern oder Verwandte, die ein junges Mädchen unter Zwang verheiraten wollen?

Erstens ist für sie klar, dass ihre Tochter jemanden aus dem eigenen Kulturkreis heiraten muss, vielleicht sogar jemanden aus demselben Dorf. Bei jungen Frauen aus Sri Lanka muss der Mann zudem aus derselben Kaste stammen. Zweitens merken die Eltern vielleicht, dass ihre Tochter einen Schweizer Freund hat, den sie nicht akzeptieren können. Sie wollen für ihre Tochter einen «richtigen Mann», einen Landsmann. Drittens können sie dem Bräutigam durch eine Zwangs-



«Entzieht sich eine junge Frau einer Zwangsheirat, ist sie nachher völlig allein», sagt Karin Aeberhard vom Mädchenhaus. Bild: laif

heirat auch eine Aufenthaltsbewilligung verschaffen.

Aus welchen Ländern stammen die betroffenen Migrantinnen?

Vom Balkan, aus dem Kosovo, der Türkei und Sri Lanka. Zwangsheirat hat nichts mit Religion, sondern mit starken, traditionsreichen Kulturen zu tun. Es gibt auch Schweizer Mädchen aus religiösen Kreisen, die nur einen Mann aus ihrem Umfeld heiraten dürfen.

Sind auch Männer betroffen?

Ja. Wir hören von Mädchen, dass ihre Brüder derselben Problematik ausgesetzt sind. Bei ihnen ist das Tabu noch viel grösser. Sie schämen sich, offenzulegen, dass sie unter Druck stehen.

Aus welchen familiären Verhältnissen kommen diese Mädchen?

Häufig wachsen sie in engen Verhältnissen auf und erfahren eine starke Kontrolle zu Hause. Nach der Schule mussten sie zum Beispiel immer direkt heimgehen. Sie durften kaum Freundinnen treffen, oder deren Besuch wurde überwacht.

Empfindet nur unsere westliche Kultur die Zwangsheirat als falsch?

Nein, denn auch in jenen Kulturen, in denen Zwangsheiraten vorkommen, verurteilen liberalere Kreise diese. Das Menschenrecht auf Freiwilligkeit der Heirat ist zudem international anerkannt.

Wie viele Mädchen fliehen vor einer Zwangsheirat ins Mädchenhaus?

Letztes Jahr wurden 5 von 56 Aufnahmen so begründet. Bei den Beratungen sind es deutlich mehr: 12-mal wurde als Grund Zwangsheirat genannt. Das sind keine hohen Zahlen. Wir merken aber, dass das Thema immer präsenter wird. Häufig kommen physische und psychische Gewalt zusammen vor, und die Angst vor einer Zwangsheirat taucht auch noch auf.

Mit welchen Mitteln versuchen die Angehörigen, die Mädchen zu einer Zwangsheirat zu bewegen?

Sie behaupten, es sei unmöglich, aus dieser Tradition auszubrechen. Es sei immer schon so gewesen. Wenn sie sich weigerten, würden sie die Familie zerstören.

Ist das psychische Gewalt?

Ja. Psychische Gewalt spielt eine wichtige Rolle. Häufig drohen die Mütter damit, krank zu werden oder Suizid zu begehen, wenn die Töchter sich ihnen widersetzen.

Wird der Zwang auch mit körperlicher Gewalt ausgeübt?

Ja. Manche Mädchen werden regelrecht verschleppt, man droht ihnen mit Schlägen und Mord. Falls sie schon einen Freund haben, werden oft auch ihm und seiner Familie gegenüber Drohungen ausgesprochen.

Hassen die Mädchen ihre Eltern?

Ihre Gefühle sind ambivalent. Oft haben sie bis anhin ein gutes Leben geführt und haben ihre Eltern gern. Sie können aber nicht akzeptieren, dass sie sie verheiraten wollen, und entwickeln deshalb Hassgefühle. Sie schwanken häufig, wollen an einem Tag den Kontakt völlig abbrechen, am nächsten Tag kehren sie nach Hause zurück.

Viele Mädchen verlassen ihre Familie trotz Beratung nicht. Weshalb?

Um die Familie zu verlassen, ist sehr viel Mut nötig. Wenn diese Frauen ihr Umfeld verlieren, sind sie völlig alleine. Viele können noch nicht auf eigenen Beinen stehen. Sind sie noch minderjährig, werden sie von der Vormundschaftsbehörde unterstützt. Wenn sie volljährig sind, lässt unser System sie oft alleine.

«Eine Plafonierung der Bewegungen ist nicht annehmbar»

STUTTGART. Deutliche Worte im Fluglärmstreit: Die Regierungsräte Gut und Kägi haben in Deutschland erneut ihren Standpunkt klargemacht.

Eine Zürcher Regierungsdelegation hat sich am Donnerstag in Stuttgart mit dem neuen Regierungschef von Baden-Württemberg, Winfried Kretschmann, getroffen. Sie wollte aus erster Hand erfahren, welche Haltung die grün-rote Regierung in der Fluglärmfrage vertritt. Das Treffen mit dem grünen Ministerpräsidenten Kretschmann fand am Rande der Bundesfeier des Schweizerischen Generalkonsulats in der Villa Reitzenstein in Stuttgart statt, wie der Informationsdienst des Regierungsrates gestern mitteilte. Am Gespräch nahmen Regierungspräsidentin Ursula Gut (FDP) und Vizepräsident Markus Kägi (SVP) teil. In jüngsten Verlautbarungen hatte sich die grün-rote Regierung von Baden-Württemberg auf den Standpunkt gestellt, dass bei der Flugverkehrsbelastung die Flugbewegungen als Messgrösse dienen müssten und nicht der Fluglärm. Gefordert wurde eine drastische Reduktion der Zahl der Anflüge auf den Flughafen Zürich via südbadisches Gebiet.

Nicht übermässig belastet

Die Mitglieder des Zürcher Regierungsrates erinnerten Kretschmann laut Informationsdienst daran, dass die im Auftrag des damaligen Bundespräsidenten Pascal Couchepin und von Bundeskanzlerin Angela Merkel erstellte Fluglärmanalyse als objektive Grundlage für kommende Verhandlungen dienen sollte. Diese Analyse hatte ergeben, dass der süddeutsche Raum nicht übermässig von Fluglärm belastet ist. Es sei deshalb für den Kanton Zürich nicht nachvollziehbar, weshalb auf die Anzahl Flugbewegungen abgestellt werden sollte, liessen die Zürcher Regierungsvertreter Kretschmann wissen. Eine Plafonierung der Bewegungen sei für den Kanton nach wie vor nicht annehmbar. (sda)

IN KÜRZE

Fünf Drogendealer verhaftet

ZÜRICH. Fünf mutmassliche Drogenhändler hat die Polizei am Donnerstag an verschiedenen Orten in und um Zürich festgenommen. Insgesamt wurden rund 350 Gramm Heroin, 300 Gramm Kokain, 12.000 Franken und 1000 Euro sichergestellt, wie die Stadtpolizei gestern mitteilte. Die Verhafteten wurden der Staatsanwaltschaft zugeführt.

Grabmale aus Kunststoff

ZÜRICH. Grabmale auf Zürcher Friedhöfen müssen nicht mehr unbedingt aus Naturstein, Holz oder Bronze sein. Eine neue Grabmalverordnung lässt auch Kunststeine oder Kunststoff zu. Zudem darf auf dem Stein auch ein Foto des Verstorbenen angebracht werden. Christine Süssmann, Leiterin der Fachstelle Friedhof- und Grabmalkultur, bestätigte gestern eine Meldung des «Tages-Anzeigers», wonach die neue Grabmalverordnung zum 1. September in Kraft treten wird. Viele empfänden die heutige Verordnung als «zu unform, zu monoton», erklärt sie im Gespräch. (sda)

Bundesrat will härtere Strafen

Zwangsheirat stellt in der Schweiz keinen eigenen Straftatbestand dar, sondern fällt unter Nötigung. Diese kann mit bis zu drei Jahren Gefängnis bestraft werden. Der Bundesrat hat diesen Februar angekündigt, das Strafmass für Zwangsheirat auf fünf Jahre anzuheben. Gar nicht mehr tolerieren will er Ehen mit Minderjährigen, auch wenn es sich um aus-

ländische Staatsbürger handelt, die im Ausland geheiratet haben. Der Bundesrat nimmt zudem die Zivilstandsämter stärker in die Pflicht. Sie sollen melden, wenn sie bei einer Heirat Zwang feststellen. In einem zweiten Schritt sollen die Prävention und der Schutz vor Zwangsheirat gestärkt werden. Dazu will der Bund erst das Ausmass abklären. (sa)